Stand: 13.12.2025 08:23:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/5869

"Belegausgabepflicht zur Bekämpfung von Kassenbetrug"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/5869 vom 29.01.2020
2. Beschluss des Plenums 18/5934 vom 29.01.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 38 vom 29.01.2020

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.01.2020 **Drucksache** 18/**5869**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Annette Karl, Harald Güller, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Belegausgabepflicht zur Bekämpfung von Kassenbetrug

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag hält das „Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen“, wonach Händler ab dem 1. Januar 2020 u. a. verpflichtet sind, ihren Kunden einen Beleg auszustellen, für zweckmäßig und erforderlich, damit durch eine Belegausgabepflicht Kassenbetrug wirksam bekämpft werden kann.

Begründung:

Dem Staat, also allen Bürgerinnen und Bürgern, gehen durch Steuerbetrug mit manipulierten Kassen jedes Jahr zweistellige Milliardenbeträge verloren. Steuern werden hinterzogen, indem die Umsätze nach unten manipuliert werden. Daneben können manipulierte Kassen auch zur Geldwäsche verwendet werden: Umsätze werden künstlich erhöht, um Geld zu waschen.

Faire und korrekt abrechnende Einzelhändler, etwa Bäcker, Fleischereien, Gemüsehändler, Wok‘s, Gaststätten, Kioske, Friseure, haben einen riesigen Wettbewerbsnachteil gegenüber ihren unehrlichen Wettbewerbern. Der Ehrliche ist der Dumme, weil es unfaire Marktteilnehmer bzw. Wettbewerber gibt, die die Mehrwertsteuer hinterziehen, ihre Lieferketten manipulieren und auch Mitarbeiter schwarz oder prekär beschäftigen. Dabei geht es nicht um Peanuts, es geht um zweistellige Milliardenbeträge – jedes Jahr. Wie das möglich ist? Durch Kassenmanipulation. Mit den manipulierten Kassen werden die Umsätze und damit der Gewinn manipuliert.

Dreh- und Angelpunkt des Betrugs sind die manipulierbaren Kassen. Deshalb ist das in diesem Jahr in Kraft getretene Gesetz ein wirksamer Beitrag, um Steuerhinterziehung zu vermeiden und den ehrlichen Wettbewerb zu stärken.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.01.2020 **Drucksache** 18/**5934**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Annette Karl, Harald Güller, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**5869**

Belegausgabepflicht zur Bekämpfung von Kassenbetrug

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Albert Duin
Abg. Annette Karl
Abg. Tim Pargent
Abg. Franz Bergmüller
Abg. Jutta Widmann
Abg. Wolfgang Fackler
Staatsminister Dr. Hans Reichhart

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Dr. Helmut Kaltenhauser u. a. und Fraktion (FDP)
Änderung der Abgabenordnung - Abschaffung der Bon-Pflicht (Drs. 18/5848)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Annette Karl, Harald Güller u. a. und Fraktion (SPD)
Belegausgabepflicht zur Bekämpfung von Kassenbetrug (Drs. 18/5869)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Steuerhinterziehung bekämpfen - Kassensicherheit erhöhen! (Drs. 18/5870)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)
Keinen bürokratischen Knebel für kleine und mittlere Unternehmen - Lockerung der Belegausgabepflicht (Bon-Pflicht) (Drs. 18/5871)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Albert Duin von der FDP. – Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Albert Duin (FDP): Verehrter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Antrag geht es um die Bon-Pflicht, die zum 1. Januar dieses Jahres eingeführt worden ist. Das Gesetz ist jedoch bereits vor vier Jahren verabschiedet worden. Dieser lange Zeitraum sollte uns Abgeordnete an die Verantwortung erinnern, die wir gegenüber

den Bürgern haben, wenn wir Gesetze erlassen. Wenn wir zukünftig Gesetze erlassen, dann müssen wir uns vorher gründlich Gedanken über deren Auswirkungen machen. Es kann nicht sein, dass ein Gesetz erlassen wird und dieses plötzlich einen unheimlichen Wust an Bürokratie ergibt. Nach der Arbeitszeiterfassungspflicht und der Mindestlohndokumentationspflichtenverordnung kommt nun die Belegausgabepflicht – und das, obwohl weniger als 3 % aller Kunden überhaupt einen Kassenbon haben wollen. Allein die Bäcker sind in einem Jahr dazu gezwungen, fünf Milliarden Bons zu drucken. Würde man diese aneinanderreihen, dann entspräche dies der Entfernung zum Mond und fast wieder zurück zur Erde. Die Belegausgabepflicht zeugt letztendlich nur von einem großen Misstrauen gegenüber den Mittelständlern, den Einzelhändlern, den Kleinunternehmern und den Geschäftsleuten. Das Misstrauen reicht bis zu den Jahrmarktbetreibern.

(Zuruf von den GRÜNEN: So ein Quatsch!)

Es wird richtig lustig werden, wenn man irgendwann einmal für eine Zuckerwatte einen Bon bekommen wird. Mit dem Gesetz, bei dem sich die SPD durchgesetzt hat, wird generell Steuerhinterziehung unterstellt. Unser Finanzminister Scholz hat von vornherein gesagt, dass er durch die Einführung des Gesetzes eine Erhöhung der Steuereinnahmen in Milliardenhöhe erwarte, weil derart viele Steuern hinterzogen würden.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das sollte Ihnen zu denken geben!)

Dieser Generalverdacht ist eine Unverschämtheit, da der ganze Mittelstand mit Misstrauen überzogen wird. Obwohl die Bundesregierung gerade ein Bürokratieentlastungsgesetz auf den Weg gebracht hat, kommt genau dieses Gesetz nun zur Wirkung. Das ist ein richtiger Kalauer. Vor dem Erlass von Gesetzen sollten wir uns über deren Auswirkungen Gedanken machen.

(Ruth Waldmann (SPD): Das machen wir immer!)

Spannend ist auch die Tatsache, dass sich die Große Koalition hinsichtlich der Bon-Pflicht nicht ganz einig ist. Das hat die Bundestagsdebatte zum Gesetzentwurf der FDP zur Änderung der Abgabenordnung gezeigt. Die Abgeordneten waren sich nicht einig. Ganz offensichtlich sieht man in der Union auch die Notwendigkeit, unsere Mittelständler von dieser unsinnigen Pflicht zu entlasten. Die Union kann sich aber gegen die SPD nicht durchsetzen – das ist unglaublich. Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, sich in Berlin nachdrücklich für die Interessen der Selbstständigen einzusetzen.

Ich war letzten Freitag auf einer Veranstaltung des Deutschen Schaustellerbundes. Dort hatten sich die ganzen Jahrmarktbetreiber versammelt. Es gibt jährlich 10.000 Jahrmärkte und 3.000 Christkindlmärkte. Der Staatsminister Aiwanger hat bei dieser Veranstaltung eine flammende Rede gegen die Bon-Pflicht gehalten – aber wie. Für diese Rede hat er Standing Ovations bekommen. Das fand ich großartig. Ich bin nämlich auch seiner Meinung.Also müssten die FREIEN WÄHLER heute zustimmen.

(Tim Pargent (GRÜNE): Dann war es noch lange nicht gut!)

Gestern habe ich Leute von BMW getroffen. Einer sagte mir: Bei uns in der Werkskantine bekommen wir auch die ganzen Bons. – Daraufhin hat er die Ausgabedame gefragt, wofür das gut sein soll, weil bei BMW doch sowieso niemand am Werkschutz vorbeikommt. Also, das war schon interessant. Auch das ist so eine Sache.

Im Übrigen ist das Ganze auch eine riesige Umweltsauerei; denn die meisten Bons sind aus Thermotransferpapier, und das sind Berge. Man hat schon überall die Beutel gesehen, die es jetzt gibt. In Baden-Württemberg hat sich die FDP-Fraktion aufgemacht, hat einmal die Bäcker abgefahren und säckeweise die Bons gesammelt. Die wurden dann beim Finanzministerium abgegeben.

(Tim Pargent (GRÜNE): Das sollten Sie lieber nicht!)

Die haben sich garantiert gefreut.

(Thomas Kreuzer (CSU): Hat die FDP nichts anderes zu tun? – Allgemeine Heiterkeit)

– Nein, das machen wir alles noch zusätzlich. Wir wollen einfach, dass kleine und mittlere Unternehmen von dieser momentanen Bon-Pflicht befreit werden. Es werden doch sowieso Kassen zertifiziert werden müssen, die die Abrechnung dann erledigen, damit man diese Bons gar nicht mehr braucht. Bis dahin brauchen wir aber nicht diese Flut von Bons, von denen wir immer mehr produzieren und erzeugen. Das bedeutet, dass wir ein Misstrauen gegenüber der Bevölkerung haben. Das ist unglaublich. Nebenbei, Frankreich hat gerade beschlossen, die Bon-Pflicht für Kleinbeträge unter 15 Euro abzuschaffen. Das wäre zumindest einmal ein Weg, alles andere führt nämlich in den absoluten Wahnsinn hinein.

Wir haben den Antrag der GRÜNEN gelesen. Den GRÜNEN-Antrag habe ich gerne gelesen, nur die Überschrift gefällt mir nicht, die lautet: Steuerhinterziehung vermeiden. Sonst hat mir das sehr gut gefallen. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Annette Karl von der SPD-Fraktion.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es ist leider Realität, dass schwarze Schafe, egal in welcher Branche, dazu führen, dass es Gesetzesverschärfungen gibt und damit mehr Bürokratie für alle. Das gilt zum Beispiel auch beim Mindestlohn, wo die Anzahl der Verstöße immer weiter steigt, weshalb die Kontrollen auch für diejenigen, die nichts Böses tun, immer schärfer werden. Die Alternative wäre aber, gar nichts zu tun. Das aber schwächt wiederum die Guten, die alles richtig machen. Wir müssen deshalb schauen, wie wir bei den Steuerhinterziehungen weiterkommen. Lieber Herr Duin, ich möchte betonen: Das Gesetz wurde 2016 auf Initiative des Bundesrates hin verabschiedet. Der zuständige Finanzminister damals war Herr Schäuble, also ein Minister der Union.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab damit genug Zeit, sich darauf vorzubereiten. Mittlerweile gibt es auch neue technische Lösungen. So kann man sich beispielsweise den Bon auch auf das Handy schicken lassen. Man muss kein Thermopapier mehr verwenden, und es gibt auch jede Menge Ausnahmemöglichkeiten, die man nutzen kann. Was ich aber vermisse, das sind Vorschläge unseres Bürokratiebeauftragten, wie man hier weiterkommt. Auch von den Handelskammern und den Handwerkskammern hätte ich mir mehr Hilfe für die kleinen und mittleren Unternehmen erwartet. Vier Jahre sind schließlich eine lange Zeit. Außerdem ist die Bon-Pflicht nicht strafbewehrt. Wenn man es nicht macht, gibt es weder Bußgeldbescheide noch ist es eine Ordnungswidrigkeit. Allerdings führt es zu einer Umkehrung der Beweislast. Wenn ich eine Steuerprüfung habe, muss ich entweder mit Schmierzetteln, mit dem Kassenbuch oder mit den Bons den Nachweis führen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Ja toll! Das ist ja super!)

Interessant ist, dass es bei anderen Bons anscheinend keine Probleme gibt. Wenn Leute mit einer EC-Karte auch nur für eine Breze zahlen, dann gibt es einen ganz langen Bon, aber keiner stört sich daran. Führen wir hier also bitte keine Stellvertreterdiskussionen. Es geht um Steuerhinterziehung und Geldwäsche, und ich denke, wir sind uns alle einig, dass wir sie eindämmen müssen.

Wir werden den FDP-Antrag deshalb ablehnen. Der CSU-Antrag ist so inhaltsleer, dass man sich eigentlich dazu keine Meinung bilden kann. Wir werden uns deshalb enthalten. Beim Antrag der GRÜNEN haben wir ein Problem. Er hat nämlich zum größten Teil einen falschen Adressaten. Dass noch keine Kassen vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik – BSI – zertifiziert sind, liegt einfach daran, dass es noch keine Kassen gibt, die diesen Ansprüchen genügen. Dafür kann man die Bundesregierung nicht verantwortlich machen. Wie gesagt, der Adressat ist falsch. Wir lehnen den Antrag deshalb ab.

Nun noch ein Wort zu Ihnen, Herr Duin. Wir alle wissen, dass Herr Aiwanger jedem alles verspricht, unabhängig davon, wo er ist. Einhalten tut er nur leider nichts. Deshalb würde ich mich nicht auf seine Ansprachen verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Vor dem nächsten Redner gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Grundschullehrkräfte wertschätzen – Ungerechte Maßnahmen zurücknehmen – Zukunftsplanung vorlegen", Drucksache 18/5847. Mit Ja haben 48 gestimmt, mit Nein 112. Stimmenthaltungen: 11. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Als nächstem Redner erteile ich nun Herrn Kollegen Tim Pargent vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist in Unruhe. Soll der Kassenzettel ausgedruckt werden oder nicht? Soll der Kassenzettel dann auch mitgenommen werden oder lieber in den Müll? – Ja, die Belegausgabepflicht, besser bekannt als Bon-Pflicht, erhitzt die Gemüter. Aber wissen Sie, was mein Gemüt erhitzt? – Mindestens 10 Milliarden Euro werden jährlich durch Manipulation und Tricksereien an den Kassen hinterzogen,

(Zuruf des Abgeordneten Albert Duin (FDP))

10 Milliarden Euro, die für Bildung, Soziales oder den Klimaschutz fehlen. Das sind auch 10 Milliarden Euro Wettbewerbsnachteil, den ehrliche Betriebe erleiden. Das muss ein Ende haben!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb war es richtig, dass der Bundestag 2016 endlich ein Gesetz erlassen hat, um den Kassenbetrug zu verhindern. Endlich, denn bereits im Jahr 2003 hat der Bundesrechnungshof auf diesen Missstand hingewiesen. Der Kern des Gesetzes war die Nutzung betrugssicherer Ladenkassen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik soll dazu Kassen zertifizieren, die über eine manipulationssichere technische Sicherheitseinrichtung – kurz TSE – verfügen. Doch was ist bis heute passiert? – Fast gar nichts. Kein Kassensystem ist bis heute nach TSE-Kriterien zertifiziert. Stattdessen wurde der Start verzögert, wurden Übergangsregelungen geschaffen. Hier muss die Bundesregierung endlich in die Puschen kommen und das Zertifizierungsprogramm deutlich beschleunigen. Wir brauchen endlich diese TSE-zertifizierten Kassen.Wenn diese zertifizierten Kassensysteme auf dem Markt sind, halten wir die Belegausgabepflicht für entbehrlich, aber nur wenn erstens die Kassen sicher sind, zweitens der Verkauf an eine Vielzahl unbekannter Menschen erfolgt. Bis dahin bietet die Bon-Pflicht eine bessere Nachvollziehbarkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Hier ist nach wie vor eine Umstellung auf umweltfreundliches Papier oder gleich auf digitale Lösungen angezeigt. Der Kampf gegen Steuerhinterziehung und Kassenbetrug muss vorangetrieben werden.

Jetzt noch ein Satz zum FDP-Dringlichkeitsantrag, den ich nicht ganz so wohlwollend gelesen habe, wie es offensichtlich andersherum der Fall war. Wie ich ausgeführt habe, können wir unter bestimmten Umständen Ausnahmen von der Bon-Pflicht durchaus zustimmen. Aber wie Sie hier auf eine doch gewisse populistische Weise einen Generalverdacht der Steuerhinterziehung herbeireden, ist Quatsch. Wenn Bürgerinnen und Bürger eine Steuererklärung abgeben oder Unternehmen eine saubere Buchführung machen müssen, dann stehen sie doch auch nicht unter Generalverdacht. Nein, wir wollen dem Kassenbetrug Einhalt gebieten. Was ist denn das für ein Staatsverständnis?

Und noch etwas: Dass es der FDP manchmal nichts ausmacht, wenn im Steuersäckel mal 10 Milliarden Euro fehlen – Stichwort: Mövenpick-Steuer –: okay. Aber dass ehrliche Betriebe 10 Milliarden Euro Wettbewerbsverzerrung gegenüber Kassenbetrügern erleiden und Sie in diesem Antrag kein Wort zum Kassenbetrug und kein Wort zur Steuerehrlichkeit verlieren, das macht mich fassungslos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben hier den Ernst der Lage nicht erkannt. Deswegen können wir uns bei Ihrem Dringlichkeitsantrag nur enthalten. Wir GRÜNE kämpfen weiter gegen Steuerhinterziehung, gegen Kassenbetrug und für einen fairen Wettbewerb.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Herr Kollege Duin von der FDP-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Duin, bitte schön.

Albert Duin (FDP): Sie behaupten, es gehe um 10 Milliarden Euro Steuerhinterziehung. Es ist eine Frechheit, diese Zahl einfach in den Raum zu werfen und alle unter Generalverdacht zu stellen. Das geht so nicht.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU)

Es kann sein, dass es Hinterziehungen gibt. Aber die drei Prozent, die hinterziehen, werden Sie mit so einem Gesetz auch nicht erwischen, garantiert nicht. Das ist wirklich frech. Nehmen Sie die 10 Milliarden einfach zurück! Dann ist es okay, dann können wir über vieles reden. Aber den Mittelstand, das Handwerk und die ganzen Einzelhändler so in den Stiefel zu stellen, ist eine Unverschämtheit!

(Beifall bei der FDP, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Tim Pargent (GRÜNE): Die Zahl habe ich mir nicht ausgedacht, sondern sie beruht auf Erhebungen und Stichproben. Schauen Sie sich doch die Stichproben einmal an,

die – nur einmal als Beispiel – in der Gastronomie oder im Bereich Glücksspiel getätigt werden. Nehmen Sie die Zahlen und die Studien der Finanzämter. Schauen Sie sich diese Zahlen und Studien an und rechnen Sie sie hoch. Es geht mir hier nicht um den Mittelstand als solchen. Es geht mir hier vielmehr darum, die schwarzen Schafe zu finden, damit die Ehrlichen nicht die Deppen sind, die hier den Wettbewerbsnachteil haben. Dass Sie hierzu kein Wort verlieren und die schwarzen Schafe nicht verfolgen wollen, sondern einfach nur Ausnahmen fordern, ohne Lösungen anzubieten, macht mich nach wie vor fassungslos.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Pargent. Kommen Sie bitte zurück zum Rednerpult. – Herr Kollege Bergmüller von der AfD-Fraktion hat sich zu einer weiteren Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Bergmüller, bitte schön.

Franz Bergmüller (AfD): Ich bin wohl einer der ganz wenigen, der seit fast 39 Jahren diese Bons ausgibt. Vorher habe ich sie natürlich nicht ausgegeben, vorher habe ich Kellnerzettel usw. ausgegeben, jetzt geht es ganz genau. Aber jetzt zur Sache: Herr Kollege Duin hat vorher schon gesagt: 10 Milliarden. Sie beziehen sich auf Stichproben. Ich würde Sie bitten, es in diesem Fall schriftlich zu beweisen. Sie haben jetzt die Bereiche Glücksspiele und Gastronomie genannt. Wissen Sie, in welcher Relation diese 10 Milliarden zu Kassenmanipulationen stehen? Sie müssen doch selber zugeben, dass diese Zahl völlig absurd ist. Legen Sie einen schriftlichen Beweis vor, dann glauben wir es Ihnen. Albert Duin ist der gleichen Meinung wie ich: Diese Zahl wurde von Ihnen vielleicht aufgrund von Stichproben hochgerechnet, beruht aber nicht auf offiziellen Finanzamt-Statistiken. Legen Sie einen Beweis vor, dann glauben wir es Ihnen; vorher nicht.

(Beifall bei der AfD)

Tim Pargent (GRÜNE): Ich kann mich nur wiederholen: Schauen Sie sich zum Beispiel auch die Zahlen von NRW an. Dort hat das Landesfinanzministerium schon vor

Jahren eine Zahl vorgelegt, wonach allein für NRW ein Schaden von über einer Milliarde Euro vorliegt. Das sind keine Zahlen, die wir uns ausdenken. Diese Zahlen beruhen auf Stichproben. Natürlich ist es ein Dunkelfeld. Natürlich können wir es nicht eins zu eins sagen. Deswegen können wir nur von "mindestens" reden.

(Zuruf von der AfD)

Aber die Stichproben der Finanzämter dazu sind alarmierend. Leider sind auch die Finanzämter nicht in der Lage, hier eine flächendeckende Kontrolle einzuführen.

(Zurufe von der AfD)

Das wollen wir auch nicht. Aber wir fordern ein gutes System, das hier die entsprechenden Sicherheitsmechanismen enthält. Dafür brauchen wir zum Beispiel diese zertifizierten Kassensysteme.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Jutta Widmann von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Jutta Widmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich steige gleich in die letzte Diskussion ein und möchte eine Anmerkung an die Adresse der GRÜNEN machen, um insbesondere unsere Finanzämter zu loben. Unsere Finanzämter sind draußen toll unterwegs. Man muss ehrlicherweise sagen: Sie kontrollieren wirklich alles. Das ist ja nicht die einzige Prüfung, die einen kleinen Mittelständler betrifft; denn in Abständen von zwei oder drei Jahren kommen immer wieder die Rentenversicherungskassen, die Künstlersozialkasse und Berufsgenossenschaften. Ich gebe Ihnen recht: Die Finanzämter machen Stichproben. Aber die Finanzämter gehen auch dann vor, wenn nur ein Formfehler gemacht wird – nicht nur, wenn typischerweise irgendwo Geld fehlt. Die Finanzämter geben auch Anhaltspunkte, machen Auflagen und verhängen Strafen, wenn ein Formfehler gemacht wird. Das heißt, das Ganze würde nämlich geschätzt. Ich kann mir nur vorstellen, dass Sie auf

geschätzte 10 Milliarden kommen. Man muss ehrlich sagen: Andere Branchen werden momentan nicht so unter Generalverdacht gestellt wie unsere Bäcker, Metzger, Wirte und unsere Landwirte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dieser Generalverdacht ist unwürdig. Auch wundert es mich nicht, dass kein Bäcker, Metzger und Wirt einen Vertreter der GRÜNEN wählen kann, weil Sie für kleine mittelständische Betriebe kein Herz haben. Auch wenn Sie es draußen in den Wahlveranstaltungen immer sagen, fehlen Ihnen doch an der Stelle Herz und Gespür für einen kleinen mittelständischen Betrieb.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Am Schreibtisch hat man oft richtig tolle Ideen und sagt man: Das und das gehört noch kontrolliert, das gehört noch gemacht. Aber wer draußen in der Praxis tätig ist, weiß, welche Fülle an Leistungen ein solch kleiner mittelständischer Familienbetrieb erbringen muss. Die Fülle, die nicht mehr leistbar ist, macht es aus. Deshalb muss ich der Bon-Pflicht, die man draufgesetzt hat, die Sinnhaftigkeit absprechen. In Einem haben Sie recht: Wenn es manipulationssichere Kassen gibt, ist es unnötig, Papier auszudrucken. Das ist doch ein Witz.

Fakt ist aber auch: Das ist sowieso schon Gesetz: denn laut Gesetz aus dem Jahr 2016 müsste ab September jeder manipulationssichere Kassen haben. Aber die kleinen mittelständischen Betriebe mussten mittlerweile schon drei, vier oder fünf verschiedene Kassensysteme anschaffen, weil es jeden Tag andere Vorgaben gibt. Das ist das Problem. Keiner ist Fachmann bei Kassensystemen. Aber wenn es ein bewährtes System gibt, kann man nicht morgen schon wieder etwas Neues verlangen, etwa beim Lebensmittelrecht. Das ist nicht mehr leistbar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir müssen uns gemeinsam darüber Gedanken machen: Möchten wir die Vielfalt an Bäckern, Metzgern, Wirten und Landwirten erhalten, oder wollen wir es nicht? Wenn wir es nicht wollen, können wir an der Stelle ruhig so weitermachen. Die eine oder andere Verbesserung ist notwendig; diese muss man mittragen. Aber dieser sinnlosen Bon-Pflicht muss man mit Vehemenz entgegentreten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf von der CSU: Jawohl!)

Der Dringlichkeitsantrag der FDP ist gut gemeint und im Ansatz vollkommen richtig. Wir sehen aber derzeit angesichts in der Konstellation in Berlin keinen Spielraum, das Begehren in der Kürze der Zeit durchzubringen. Wenn einmal Neuwahlen sind und die FDP diese Verantwortung wirklich übernehmen will, dann kann sie diese Dinge gerne umsetzen. Es würde mich freuen. Ansonsten würde ich sagen: Stimmen Sie unserem Dringlichkeitsantrag zu, weil er das vorsieht, was man in Bayern tun kann. Wir möchten Ausnahmegenehmigungen an der Stelle, und zwar praxistaugliche. Wir haben dazu bereits einige Vorschläge gemacht. Man muss natürlich auch das Finanzministerium um entsprechende Formblätter und darum bitten, dass es Kriterien bezüglich Ausnahmen gibt. Das bringt uns in Bayern weiter. Das ist der richtige Weg, damit wir unsere Bäcker, Metzger und Wirte, vom kleinen Einzelhändler bis zu größeren Geschäften, in ihrer Vielfalt erhalten.Diese bürokratischen Hemmnisse gehören abgebaut. Daher bitte ich um Zustimmung zu unserem Vorschlag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist für die AfD-Fraktion der Abgeordnete Franz Bergmüller.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Das Kind ist eigentlich schon in den Brunnen gefallen, und

wir tarocken jetzt nach, wie man in Bayern sagt. Man könnte auch sagen: Der Antrag ist abgekupfert, oder – auf Hochdeutsch –: ein Plagiat. Wir haben unseren Antrag am 26.11. eingereicht, am 27.11. ist er im Plenum beraten worden. Die CSU hat damals wie auch heute einen Dringlichkeitsantrag nachgezogen. Damit man dem FDP-Antrag, der an und für sich in die richtige Richtung geht – man muss ihn loben, Plagiat hin oder her –, nicht zustimmen muss, haben die Regierungsfraktionen einen eigenen Dringlichkeitsantrag unter Federführung der FREIEN WÄHLER eingereicht, die sich hier natürlich profilieren. Das ist selbstverständlich in Ordnung.

Jutta Widmann kenne ich schon lange Zeit. Sie hat die Thematik der Volksfestbetriebe noch nicht angesprochen. Das ist ein völliger Irrsinn. Ich möchte nicht wissen, was bei der Wiesn abgeht, wenn bei jeder Maß Bier die Zettel weggeworfen werden. Das ist doch nicht mehr normal. Was damit bezweckt wird, geht völlig an der Sache vorbei.

Zum Antrag der GRÜNEN: Ich war im Bundesausschuss für Steuern im DEHOGA Bundesverband. Wir haben uns immer wieder mit Anträgen der GRÜNEN-Bundestagsfraktion zu den Kassensystemen geplagt, die nur darauf abgezielt haben, den Generalverdacht, den Sie, Herr Pargent, gerade geäußert haben, weiter zu vertiefen. Ich werde eine Anfrage an das bayerische Finanzministerium stellen und mir die Zahlen geben lassen. Dann reden wir noch einmal darüber, ob das so ist.

Zur SPD muss ich sagen: Ihr unseliger Finanzminister Scholz hat dieses umgesetzt. Ein nicht bürokratischer Finanzminister könnte so etwas auch einkassieren und sagen: Was der Herr Schäuble gemacht hat, das setze ich nicht um. – Es geht völlig am Thema vorbei, hier über Steuerhinterziehung zu reden. Ich bin 39 Jahre in dem Geschäft tätig, wie ich vorher schon gesagt habe. Ich habe verkauft und kenne diese Bon-Wirtschaft. Wer glaubt, dass die Steuerhinterziehung damit eingedämmt wird, liegt falsch. Ich kenne genug nichtdeutsche Gastrounternehmer – –

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

– Das hat nichts mit Ausländern zu tun. Das sind Tatsachen. Sie brauchen nur einmal mit Steuerprüfern zu reden. Viele geben da gar nichts ein; da fragt doch kein Mensch nach einem Kassenzettel. So sind die Fakten. Ich könnte Ihnen auch noch etwas von der Lebensmittelkontrolle erzählen, von der Spezialeinheit. Da hat jemand 20.000 Euro bar auf den Tisch gelegt, um die Strafe zu bezahlen. So läuft es in der Praxis!

(Beifall bei der AfD)

Sie brauchen mich nicht zu belehren, wer von der Praxis mehr Ahnung hat.

Die anderen Kollegen haben schon viel dazu gesagt: Kleine Steuersünder werden gehängt, die Großen werden laufen gelassen. Wir sollten uns besser um die kümmern, die über Cum-Ex-Geschäfte und andere Steuersparmodelle riesige Summen an Steuern hinterziehen. Das ist ein Irrsinn.

Die Umweltthematik haben die Kollegen auch schon angesprochen, Stichwort Thermopapier. Laut Handelsverband Deutschland hätten die Bons hintereinandergelegt zwei Millionen Kilometer Länge. Das ist doch der totale Irrsinn.

Wir lehnen alle Anträge ab. Letztendlich hätte schon längst unserem Antrag zugestimmt werden können.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Wolfgang Fackler von der CSU-Fraktion.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, das Thema Bon-Pflicht wird in der Bevölkerung sehr emotional diskutiert, und ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die nachvollziehbare Forderung nach Abschaffung der Bon-Pflicht haben wir selbstverständlich sehr viel Sympathie. In diesem David-gegen-Goliath-Spiel haben wir viel Sympathie für den kleinen Händler, der sich

gegen den übermächtigen Staat und seine Bürokratie wehrt, in dem der kleine Händler mit allerlei Aktionen versucht zu enttarnen, welcher Unsinn ihm möglicherweise von den Behörden aufgebürdet wird. Das möchte ich betonen.

Der Umweltschutz wird ausgerechnet dann bemüht, insbesondere von FDP und AfD, wenn es um Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit geht. So viele ausgewiesene Öko-Experten hätte ich in diesen Reihen gar nicht erwartet; das lasse ich jetzt aber mal dahingestellt. Das zu erwähnen, gehört letztendlich aber auch zur Wahrheit.

Natürlich kann man hier auf umweltfreundliches Papier umstellen. Das gehört auch zur Wahrheit. Wenn ich nach Berlin blicke, habe ich manchmal den Eindruck, dass es das von der SPD geführte Finanzministerium mit der Umsetzung dieser Bon-Pflicht manchmal etwas übertreibt.

(Sebastian Körber (FDP): Warum stimmt die CSU dann zu?)

Gerade in Zeiten der Digitalisierung wirkt es schon vorsintflutlich, solche Verkäufe zusätzlich auf Papier zu dokumentieren. – Vielleicht muss man hier den Kollegen Tim Pargent ein bisschen in Schutz nehmen.

(Zuruf von der CSU: Er ist unerfahren!)

Ja, er ist – glaube ich – erst seit einem Jahr dabei. – Die Zahlen, die er vorgelegt hat, würde ich in dieser Absolutheit nicht wiederholen. Aber ich meine, dass der Bundesrechnungshof solche Zahlen aufgestellt hat. Aber selbst hier sage ich: In dieser Absolutheit würde ich das niemals bestätigen. Er stochert auch im Nebel herum und weiß auch nicht genau, wie so etwas zustande kommt, ob das Hochrechnungen oder Ähnliches sind.

Wir von der CSU halten es für eine übertriebene Reaktion, die Bon-Pflicht als pauschale Reaktion einzuführen, um ein paar schwarze Schafe herauszuziehen. Ein paar wenige schlagen sich in die Büsche, und der ehrliche Rest muss darunter leiden. Das ist wirklich eine ungute Situation. Ich danke an dieser Stelle einerseits allen, die an

dieser Stelle steuerehrlich und steuergerecht sind; andererseits hätte man es auch nicht übertreiben müssen.

Ich möchte noch einen anderen Punkt nennen, auf den wir noch gar nicht eingegangen sind. Wahrscheinlich hätten wir diese Diskussion nicht, wenn es nicht eine sogenannte Schummelsoftware für elektronische Kassen gäbe. Das ist das Problem. Mit dieser Software lassen sich Umsätze aus den digitalen Kassenbüchern spurlos löschen. Menschen, die so etwas machen, handeln unredlich. Dann haben wir das Problem unterschiedlicher Buchführungen: eine für das Finanzamt, eine für den Inhaber. Ich glaube, so etwas nennt man Steuerbetrug. Das können wir nicht tolerieren, sondern wir müssen es vermeiden, aber nicht mit pauschalen Maßnahmen gegen alle bargeldintensiven Betriebe. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Stattdessen hätte man sich auf die konzentrieren müssen, die diese sogenannte Schummelsoftware herstellen, vertreiben, anbieten oder einbauen. Auf diese hätte man sich auch konzentrieren können. Hier hätte Berlin richtigerweise ansetzen müssen. Das sind die eigentlichen Verursacher. Hier hätte man einen Straftatbestand oder Ähnliches einführen können, um an die Verursacher heranzukommen, wodurch dieses Problem und diese Misere gar nicht erst entstanden wären. Auch diejenigen gehören zur Verantwortung gezogen, die wie bei der Autoindustrie die eigentlichen Verursacher sind. Oft sind das die Hintermänner, nicht nur die Benutzer. Diese sind es sicherlich auch, aber nicht nur. Stattdessen hat man das Pferd von der falschen Seite her aufgezäumt. Alle Benutzer werden pauschal über einen Kamm geschert, aber den ehrlichen Benutzer hätte man verschonen können, auch verschonen müssen, vor allem, indem man das Pferd richtigherum aufgezäumt und das Problem vom ehrlichen Nutzer aus gedacht hätte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Christian Flisek (SPD): Keine Initiative in Berlin von der CSU, keine einzige!)

– Wir machen dauernd Initiativen, aber die SPD hört nicht zu. Gäbe es keine Schummelsoftware, gäbe es faktisch manipulationssichere elektronische Kassen, dann könnte man sicherlich prüfen, ob man auf diese Bonausgabepflicht verzichtet. So weit sind wir in der momentanen Lage aber noch nicht. Der Markt ist noch nicht so weit, die Technik ist noch nicht so weit. Ich glaube, das muss der Markt regeln, nicht der Bund. Das muss nach meinen Informationen der Markt generieren. Die zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtungen dafür sind noch nicht gegeben. Das ist noch offen. Deswegen gibt es verschiedene Übergangsfristen, um die Kassen entsprechend umzustellen: bis 30.09. dieses Jahres oder – für alte Kassen – bis Ende 2022.

Wir müssen jetzt den Markt beobachten. Wir brauchen eine praktikable Anwendung. Auf jeden Fall dürfen wir uns zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorweg festlegen. Dies wäre der falsche Weg.Deshalb müssen wir den Antrag der FDP ablehnen. Sie fordern ja eine Gesetzesänderung auf Bundesebene. Im Übrigen geht es auch um diese zertifizierten Sicherheitseinrichtungen. – Den Antrag der SPD lehnen wir ab; der ist uns zu starr und zu absolut. Den Antrag der GRÜNEN müssen wir auch ablehnen, weil es eben, wie gesagt, diese zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtungen noch nicht gibt.

(Zuruf von den GRÜNEN: So was nennt man einen Eiertanz!)

Wir wollen stattdessen Erleichterungen für unsere mittelständischen Betriebe erreichen. Dazu gibt es Vorschläge von unserer Seite, mit Freigrenzen, mit Bagatellgrenzen.

(Zuruf)

– Im Bundestag, wo das Thema auch hingehört, wird das doch dauernd diskutiert. Aber Sie hören dort genauso wenig zu wie hier. Da ist doch das Ziel, dass man am Sonntag in der Früh mal fünf Semmeln einkauft, einen Kaffee trinkt und eben keinen Kassenbon bekommt. Da wollen wir hin: zu Freigrenzen, Bagatellgrenzen, einem pragmatischen Vollzug – selbstverständlich brauchen wir das auch. Wir brauchen eine

mittelstandsfreundliche Handhabung. Das ist uns wichtig, in welcher Form auch immer.

Deshalb sagen wir für den Moment: keine Gesetzesänderungen. Wir sagen, dass weiterverhandelt werden muss. Ich bin überzeugt davon, dass unsere Kräfte in Berlin auch weiter entsprechend verhandeln. Darauf setzen wir. – Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Für die Staatsregierung hat nun der Minister für Wohnen, Bau und Verkehr, Herr Dr. Hans Reichhart, in Vertretung des Finanzministers das Wort. Bitte schön, Herr Reichhart.

(Allgemeine Heiterkeit)

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal darf ich unseren Finanzminister entschuldigen. Er hat die große Freude gehabt, nach Berlin aufzubrechen, um genau über Derartiges zu verhandeln, was wir heute diskutieren. Umso mehr kommt bei mir das alter Finanzer-Herz durch, und ich darf Ihnen eines kurz mit auf den Weg geben: Ich schließe mich zunächst einmal den Kollegen Widmann und Fackler an, die wirklich vorzüglich und zutreffend vorgetragen haben. Ich kann Ihnen nur eines zusichern, auch seitens der Bayerischen Staatsregierung: Dort, wo von unserer Seite aus Möglichkeiten bestehen, dort, wo die Möglichkeit besteht zu sagen: Ja, wir gehen im rechtlichen Rahmen praktikable Möglichkeiten mit, dort werden wir diese praktikablen Wege finden.

Wer die Genese dieses Gesetzentwurfes ein bisschen mitverfolgt hat, der weiß auch, wann wo was wie verschärft wurde und was im Bundestag dementsprechend nachgeschoben wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen werden wir im rechtlich möglichen Rahmen die Freiheiten gewähren, die möglich sind. Selbstverständlich reden wir auf Bundesebene darüber, wo wir noch mehr Spielräume bekommen können, um praktikable Lösungen zu erarbeiten.

Ich glaube, uns allen ist doch eines wichtig: Wir wollen die Bürokratie so klein wie möglich halten, wollen aber gleichzeitig die Steuergerechtigkeit, die Steuerehrlichkeit so hoch wie möglich halten. Das alles unter einen Hut zu bringen, ist ein täglicher Kampf. Bei den einzelnen Themen bewegen wir uns täglich in einem Spannungsfeld. Dafür steht aber auch die wirklich exzellente bayerische Finanzverwaltung. Darauf können Sie sich verlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stimmen Sie deswegen bitte dem Antrag der Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER zu. Bei den übrigen Anträgen schließe ich mich dem Votum der Kollegen der CSU an.

Jetzt noch ganz kurz ein persönliches Wort: Für mich wird das heute der letzte Tag im Bayerischen Landtag sein, der letzte Tag im Plenum. Ich möchte einfach Danke sagen, euch allen Danke sagen für das wirklich gute kollegiale Miteinander über alle Fraktions-, über alle Parteigrenzen hinweg. Das hat mir riesig Spaß gemacht. Ich hoffe, euch und Ihnen auch mit mir. Deswegen möchte ich Danke sagen, Danke sagen beim Hohen Haus für das wirklich umfangreiche Vertrauen. Danke, lieber Herr Vorsitzender, für die gute Zusammenarbeit. Mir hat es Spaß gemacht; ich hoffe, dir auch. Ich danke meinem Arbeitskreis mit Jürgen Baumgärtner an der Spitze. Ich danke den Kollegen der FREIEN WÄHLER, die mich auch immer mal wieder erdulden und ertragen mussten.

Ich habe mich immer bemüht, das Beste für Bayern zu tun. Ich glaube, Sie haben eines erlebt: Wir haben im Bauministerium ganz tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jeden Tag alles dafür geben, diesen Freistaat Bayern ein Stück weiter zu gestalten,

in allen Bereichen: im Bereich der Mobilität, des Wohnens, des Bauens und in vielen Bereichen mehr.

Schenken Sie den Kollegen deswegen auch weiterhin das Vertrauen, unterstützen Sie die Arbeit dementsprechend. Das hat jeder verdient; denn jeder tut sein Bestes für unseren Freistaat. Mir war es eine Ehre. Vielen, vielen Dank! Ihr werdet mich ja wiedersehen. Bis bald mal wieder! – Danke sehr.

(Allgemeine Heiterkeit – Anhaltender allgemeiner Beifall)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister Reichhart, das war Ihre letzte Rede hier in diesem Haus. Für Abschiedsworte sind Sie eigentlich noch zu jung.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich wünsche Ihnen im Namen des Hauses persönlich alles Gute, und politisch schauen wir mal.

(Allgemeine Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CSU-Fraktion hat für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt. Um die Wartezeit einzuhalten, werden wir jetzt den nächsten Dringlichkeitsantrag debattieren und im Anschluss daran die namentliche Abstimmung dieses Antrags und aller anderen Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt durchführen.

(...)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zunächst geht es um die Anträge zur Bon-Pflicht. Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/5848 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind SPD, CSU und FREIE WÄHLER.

Ich bitte darum, die Stimmenthaltungen anzuzeigen. – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer nun dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/5869 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP, die AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Das ist BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer nun dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/5870 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die FDP. Ich bitte darum, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die AfD, die beiden fraktionslosen Abgeordneten, die CSU, die FREIEN WÄHLER und die SPD. – Ich sehe keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun kommen wir zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag von FREIEN WÄHLERN und CSU auf der Drucksache 18/5871. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17:34 bis 17:39 Uhr)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Abstimmung ist beendet. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie wieder Ihre Plätze ein. Die Auszählung der Stimmkarten findet außerhalb des Plenarsaals statt. Sobald hier wieder etwas mehr Ruhe eingekehrt ist, fahren wir in der Tagesordnung fort.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) sowie der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Keinen

bürokratischen Knebel für kleine und mittlere Unternehmen – Lockerung der Belegausgabepflicht (Bon-Pflicht)" auf Drucksache 18/5871 bekannt. Mit Ja haben 98 gestimmt, mit Nein 45; Stimmenthaltungen gab es 30. – Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.01.2020 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER, der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion CSU; Keinen bürokratischen Knebel für kleine und mittlere Unternehmen - Lockerung der Belegausgabepflicht (Bon-Pflicht) (Drucksache 18/5871)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			X
Adjei Benjamin			
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst			X
Aures Inge			X
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried	X		
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes		X	
Becker Barbara	X		
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus	X		
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von **Brunn** Florian			X
Dr. **Büchler** Markus		X	
Busch Michael			X
Celina Kerstin			
Dr. **Cyron** Anne		X	
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex	X		
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert	X		
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Enders Susann			
Enghuber Matthias			
Fackler Wolfgang	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Faltermeier** Hubert	X		
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander	X		
Flisek Christian			X
Franke Anne		X	
Freller Karl	X		
Friedl Hans	X		
Friedl Patrick		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten	X		
Gotthardt Tobias	X		
Gottstein Eva	X		
Graupner Richard		X	
Grob Alfred	X		
Güller Harald			X
Guttenberger Petra	X		
Häusler Johann	X		
Hagen Martin			
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar			X
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang	X		
Haubrich Christina		X	
Henkel Uli		X	
Herold Hans	X		
Dr. **Herrmann** Florian			
Herrmann Joachim	X		
Dr. **Herz** Leopold	X		
Dr. **Heubisch** Wolfgang			X
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra			X
Hintersberger Johannes	X		
Högl Petra	X		
Hofmann Michael			
Hold Alexander			
Holetschek Klaus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. **Hopp** Gerhard	X		
Dr. **Huber** Marcel	X		
Dr. **Huber** Martin	X		
Huber Thomas	X		
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Dr. **Kaltenhauser** Helmut			X
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			X
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander	X		
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha			X
Krahl Andreas		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Susanne			
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra	X		
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			X
Dr. **Mehring** Fabian	X		
Dr. **Merk** Beate	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep		X	
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			X
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter	X		
Dr. **Oetzinger** Stephan	X		
Osgyan Verena			
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. **Piazolo** Michael	X		
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris			X
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. **Rieger** Franz	X		
Rinderspacher Markus			X
Ritter Florian			X
Rüth Berthold	X		
Dr. **Runge** Martin		X	
Sandt Julika			X
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten	X		
Dr. **Schwartz** Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Seidl Josef		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			X
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. **Spitzer** Dominik			X
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna			
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. **Strohmayr** Simone			X
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter	X		
Toman Anna			
Tomaschko Peter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans		X	
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Dr. **Weigand** Sabine		X	
Weigert Roland	X		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			X
Winhart Andreas		X	
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	98	45	30